

# Zwangsarbeit in Vorarlberg

Eine Einführung von Meinrad Pichler

Das Deutsche Reich organisiert zwischen 1939 und 1945 den umfassendsten Einsatz fremder Arbeitskräfte in der ganzen Geschichte. Ende 1944 arbeiten 7,5 Millionen Fremde in Hitlerdeutschland, ein Drittel davon sind Frauen. Auch auf dem Gebiet des heutigen Österreich sind eine Million Menschen im Zwangseinsatz; diesen stehen im Herbst 1944 lediglich 1,7 Millionen einheimische Arbeitskräfte gegenüber. Auch die Industrie, Bau- und Landwirtschaft Vorarlbergs funktionieren nur noch durch den Einsatz von etwa 15.000 ausländischen Arbeitskräften. Und dies, obwohl in den Kriegsjahren das Arbeitstempo laufend gesteigert, die Arbeitszeit verlängert und die Frauen in die Erwerbsarbeit verpflichtet worden sind. Allerdings befindet sich ein großer Teil der erwerbsfähigen einheimischen Männer im Krieg.

## Wer sind die ZwangsarbeiterInnen?

Noch vor Kriegsbeginn schließt Deutschland mit Italien ein Abkommen zur Beschäftigung italienischer Landarbeiter im Deutschen Reich; danach werden Arbeiter aus der eroberten Tschechoslowakei, aus Kroatien und Serbien rekrutiert. Ihnen werden verlockende Angebote und falsche Versprechungen bezüglich der Verdienst- und Lebensverhältnisse in Deutschland gemacht. Mit fortschreitendem Kriegsverlauf ab Herbst 1939 verfügt die deutsche Regierung über große Kontingente von polnischen, ab Sommer 1940 von französischen und ab Herbst 1941 von russischen Kriegsgefangenen, die – entgegen den internationalen Abmachungen über Kriegsgefangene – sofort zur Zwangsarbeit herangezogen werden. Parallel zu den Kriegsgefangenen werden ZivilarbeiterInnen – so der offizielle Ausdruck der Nationalsozialisten für alle fremden zivilen Arbeitskräfte – aus praktisch allen eroberten Ländern eingesetzt. Die so genannten Zivil- oder FremdarbeiterInnen sind ursprünglich mehr oder minder freiwillig nach Deutschland gekommen, weil hier Arbeit angeboten wird. Im Laufe des Krieges werden sie aber immer strikter zur Arbeit gezwungen und einer Sonderbehandlung unterworfen. Ihre Entscheidungs- und Bewegungsfreiheit wird zunehmend eingeschränkt. Spätestens ab dem 7. Mai 1942, als die zwangsweise Rekrutierung ausländischer ArbeiterInnen angeordnet wird, ist auch der Einsatz der ZivilarbeiterInnen nicht mehr freiwillig. Der überwiegende Teil dieser dienstverpflichteten ZwangsarbeiterInnen stammt aus Polen und den eroberten Gebieten der Sowjetunion. Den Schwerpunkt bei der Auswahl legen die Rekrutierungsbeamten im Osten auf junge gesunde Frauen und Männer. Die Verteilung der aus ihrer jeweiligen Heimat verschleppten Arbeitskräfte auf die einzelnen Betriebe besorgen die Arbeitsämter. Sie bilden für die Arbeitgeber auch die erste Instanz bei der Bestrafung von Fällen von „Ungehorsam“ oder Arbeitsverweigerung. Da in Vorarlberg die Nachfrage nach Arbeitskräften sowohl seitens der voll ausgelasteten Rüstungsbetriebe als auch der Großbaustellen der Illwerke und der Landwirtschaft erheblich ist, spielen die Arbeitsämter eine wichtige Rolle bei der Verwaltung und der Disziplinierung der hierher verschleppten Menschen.

## Wer profitiert von dem Zwangssystem?

Das System der Zwangsarbeit nützt nicht nur den öffentlichen, sondern auch den privaten Arbeitgebern. Die Löhne der „OstarbeiterInnen“ – also vor allem der Frauen und Männer aus Polen und der Ukraine – sind wesentlich geringer als die der einheimischen ArbeitnehmerInnen. Die Frauen wiederum werden noch schlechter entlohnt als die Männer. Für die mangelhafte Verpflegung und

die schlechte Unterkunft zahlen die AusländerInnen in der Regel überhöhte Preise. In den Genuss der Sozialleistungen, die sie mit ihren Beiträgen mitfinanzieren, kommen nur die Einheimischen. Medizinische Versorgung gibt es nur, soweit diese zur Wiederherstellung der Arbeitskraft vonnöten ist.

Für weibliche „sowjetische Arbeitskräfte“ in der Landwirtschaft empfiehlt der Kreisbauernführer im Sommer 1942 folgende „Lohngestaltung“: Monatsbruttolohn RM 76,- (für Männer 6 RM mehr), davon sind für Unterkunft und Verpflegung RM 45,- einzubehalten und für die Krankenkasse RM 4,-. Daraus ergibt sich ein Wochenlohn von RM 6,30, von dem RM 4,70 an Lohnsteuer abzuführen ist. Somit bleibt ein Nettowochenlohn von RM 1,60. Etliche bei Bauern beschäftigte ZwangsarbeiterInnen erhalten gar kein Geld: Sie werden mit ein paar zusätzlichen Kartoffeln abgespeist oder auf die Nachkriegszeit vertröstet. Insgesamt gesehen geht es aber den ZwangsarbeiterInnen in der Landwirtschaft weniger schlecht als jenen auf den Baustellen und in der Industrie. Die leiden durchgehend an Hunger. Die Verpflegung in den Fabriken und in den Unterkunftslagern wird im Laufe des Krieges immer dürftiger. Zum ständigen Hunger kommt für viele der noch jugendlichen „OstarbeiterInnen“ starkes Heimweh.

Neben den privaten Unternehmern, die sich mit Hilfe der ZwangsarbeiterInnen an lukrativen Rüstungsaufträgen beteiligen können, profitieren auch öffentliche Stellen ganz erheblich. Zum einen sind das die Gemeinden, in denen Straßen gebaut und die Infrastruktur verbessert wird; zum anderen aber vor allem die Vorarlberger Illwerke, die als Stromlieferanten für die deutsche Rüstungsindustrie einen noch nie dagewesenen Investitionsschub erhalten. Zeitweise sind allein im Montafon 5.000 Zwangsarbeiter beschäftigt, die überwiegende Mehrheit davon auf den Baustellen der Illwerke. Neben einigen großen Baufirmen aus dem Altreich sind es zahlreiche Vorarlberger Unternehmen, die den ganzen Krieg hindurch mit Aufträgen an den Kraftwerksbauten ausgelastet sind. Der heutige Wert der Illwerke ist von den damaligen Zwangsarbeitern in erheblichem Maße mitgeschaffenen worden.

## Wie werden die ZwangsarbeiterInnen behandelt?

Der Nationalsozialismus baut bei der Behandlung der fremden Arbeitskräfte auf das rassistische Alltagsverhalten breiter Bevölkerungsteile. Je „minderwertiger“ die rassistische Herkunft, desto schlechter der Lohn und die Behandlung. Menschen aus Polen und der Sowjetunion werden nach dieser Skala des gängigen Vorurteils am menschenunwürdigsten gehalten, am schlechtesten untergebracht und gepflegt und noch extra mit einem sichtbaren „P“ oder „OST“ an ihrer Brust für alle gebrandmarkt.

Die überwiegende Mehrheit der zivilen ZwangsarbeiterInnen – die Kriegsgefangenen sowieso –, die auf Baustellen oder in der Industrie arbeiten, wird in Barackenlagern untergebracht. Den Weg zur Arbeit müssen sie gemeinsam und unter Überwachung zurücklegen. Die Lagerinsassen haben – außer am Sonntagnachmittag – keinen freien Ausgang. Der Besuch von Lokalen und Veranstaltungen, die Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln und Fahrrädern und vor allem die Aufnahme von Kontakten mit der einheimischen Bevölkerung sind ihnen verboten. Eine junge Bregenzerin, die einer russischen Arbeitskollegin ihr Fahrrad leiht, damit diese eine Verwandte in Hard besuchen kann, wird zu mehreren Wochen Gefängnis verurteilt. Die zahlreichen fremden Arbeitskräfte werden mit aller Gewalt in Schach gehalten.

Zusätzlich zu den genannten Einschränkungen gibt es eine Reihe weiterer Zwangsmaßnahmen, um die Arbeits- und Lagerdisziplin aufrecht zu erhalten. Die Arbeitgeber dürfen Willkürmaßnahmen nach Gutdünken ergreifen: vom Lohnabzug bis zur körperlichen Züchtigung. Der Chef eines Rüstungsbetriebs in Hard teilt persönlich Schläge aus. Selbst das Arbeitsamt Bregenz ist über die andauernden Beschwerden empört. Bisweilen sind es sogar die Arbeitsämter selbst, die Erbarmen mit ZwangsarbeiterInnen haben und ihnen neue Arbeitsplätze zuteilen.

Wenn die jungen Menschen aus Osteuropa die geforderte Arbeitsleistung nicht erbringen, „frech“

sind oder eine der diskriminierenden Vorschriften übertreten, wird die Gestapo eingeschaltet. Sie ist grundsätzlich für die Bestrafung der ZwangsarbeiterInnen zuständig. Die Bregenzer Gestapozentrale verhaftet und vernimmt zwischen Herbst 1939 und Frühjahr 1945 etwa 2.300 FremdarbeiterInnen. Im besten Fall werden die Angezeigten nach einiger Zeit, meist weil ihre Arbeitskraft gebraucht wird, wieder enthaftet. In etwa 1.500 Fällen hält die Gestapo allerdings die Einweisung, oft ganzer Gruppen, in die „Arbeitserziehungslager“ Reichenau (für Männer) und Jenbach (für Frauen) oder direkt in ein Konzentrationslager für angebracht.

Am schwierigsten sind die Arbeitsverhältnisse auf den Hochgebirgsbaustellen der Illwerke: Neben der harten, zehnstündigen Arbeit und der brutalen Behandlung durch die Vorarbeiter machen die Kälte, die teilweise katastrophalen hygienischen Verhältnisse in den Unterkünften (Läuse, Wanzen) und die mangelhafte Bekleidung den Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen zu schaffen. Zugleich sind die Aufseher peinlichst darauf bedacht, es ja nicht zu Gruppenbildungen oder solidarischen Aktionen unter den Fremdarbeitern kommen zu lassen. Auch die Arbeitsverpflichteten aus Vorarlberg unterliegen auf diesen Großbaustellen einer schärferen Kontrolle als in anderen Betrieben.

Die Behandlung der „Ostarbeiter“ bei Vergehen ist brutal. So sind zur Abschreckung junge Männer aus Osteuropa an Ort und Stelle hingerichtet worden, wenn ihnen ein Verhältnis zu einer einheimischen Frau zur Last gelegt wird. Besonders scharf reagieren die Verfolgungsbehörden auch bei Fluchtversuchen: Die polnischen Zwangsarbeiter Florian Mazur, Mieczylaus Kubisz und Alois Nowakowski entfernen sich im Sommer 1942 von ihrem Arbeitsplatz in einem deutschen Rüstungsbetrieb, und es gelingt ihnen die Flucht nach Liechtenstein. Von dort werden sie zurückgestellt und von einem Sondergericht in Feldkirch zum Tode verurteilt.

## Wie verhält sich die Bevölkerung?

Behörden und Parteifunktionäre fordern die Bevölkerung mit Merkblättern, mittels Belehrungen und durch die Zeitungen auf, die ausländischen Arbeitskräfte, wo immer es geht, zu diskriminieren. So schreibt die in Lindau erscheinende auch im Raum Bregenz verbreitete „Schwäbische Zeitung“ vom 19. Mai 1943, nachdem Einheimische ins Lager beim ehemaligen Grenzübergang Oberhochsteg auf Besuch gekommen sind: „Wir haben mit den Ostarbeitern nichts gemeinsam, und Gefühlsduselei würde als Unsicherheit und Schwäche ausgelegt. Das schwerste Vergehen aber, das es als Sünde wider das Blut geben kann, ist der Verkehr zwischen Deutschen und Ostarbeitern. Die Treue zum Blut ist das Mark unserer Ehre: Wer das deutsche Blut besudelt, schaltet sich selbst aus der Volksgemeinschaft aus.“

Und ähnlich die Betriebszeitung der Firma F.M. Hämmerle in Dornbirn: „Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir es hier mit primitiven Menschen aus dem Osten zu tun haben. (...) Es gibt Deutsche, in denen das anfänglich armselige Äußere dieser Menschen aus dem Osten ein tiefes Mitgefühl hervorgebracht hat. Sie möchten daher die Ostarbeiterinnen ganz besonders in ihre Obhut nehmen, ja vor lauter Gefühlsduselei diesen Lebensmittel und sonstiges, das sie sich von ihrem eigenen Munde absparen, zustecken. Das ist vollkommen falsch.“

Das ist die durchgängige Strategie: Mitgefühl wird als Schwäche und Zuneigung als „Rassenschande“ diffamiert. Der Rassismus wird staatlich verordnet. So gelingt es, dass sich ein großer Teil der Bevölkerung gegenüber den ZwangsarbeiterInnen ablehnend oder gleichgültig verhält. Es sind in der Hauptsache einheimische Frauen, denen die Nationalsozialisten trotz aller Belehrungen und Drohungen die „Gefühlsduselei“ nicht ganz austreiben können. Eine Reihe von ihnen wird wegen kleiner Gefälligkeiten und Gesten der Menschlichkeit zu Haftstrafen verurteilt. Mindestens acht Vorarlbergerinnen werden „wegen verbotenen Umgang mit Fremdarbeitern“ in Konzentrationslager eingeliefert. Dafür braucht es keinen intimen Umgang: So wird eine Kellnerin aus Bludenz ins KZ Ravensbrück deportiert, weil sie an Fremdarbeiter Getränke ausschenkt.

Am schwersten lässt sich die „Rassentrennung“ in der Landwirtschaft durchsetzen. Zwar gibt es

immer wieder Kontrollen, ob die den Bauern zugeteilten OstarbeiterInnen nicht am Familientisch essen oder ja nicht zu komfortabel wohnen. Aber die gemeinsame Arbeit schafft mehr Vertraulichkeit, als den Nationalsozialisten recht ist. Doch auch Landwirte traktieren OstarbeiterInnen mit Schlägen oder leisten sich sexuelle Übergriffe. In Hohenweiler erhängt sich der junge russische Zwangsarbeiter Boris Sedlacek im November 1944 in der Tenne „seines“ Bauern.

Alles, was das harte Los der ZwangsarbeiterInnen angenehmer machen könnte, ist strafbar. Eine Frau aus Bludenz wird zu einer mehrmonatigen Haftstrafe verurteilt, weil sie den russischen Bahnarbeitern aus dem Zug ein paar Äpfel zuwirft. Ein junger Mann aus Kennelbach wird auf der Stelle zum Militär eingezogen, weil er einem polnischen Arbeitskollegen Zigaretten schenkt. In Egg im Bregenzerwald lässt die Gestapo eine ganze Familie verhaften, weil diese an einem Sonntagnachmittag mit französischen Kriegsgefangenen Lieder singt. Die Beispiele könnten fortgesetzt werden. Es gibt Menschen, die sich ihre Menschlichkeit nicht verbieten lassen. Die Mehrheit aber schaut weg, will das elende Leben und die ungerechte Behandlung der ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangenen nicht wahrnehmen. Die Behörden, viele Betriebsleiter und ein harter Kern von gläubigen NationalsozialistInnen und überzeugten RassistInnen sorgen aktiv für die Aufrechterhaltung des Zwangssystems. Ein Montafoner Gendarm berichtet nach der Befreiung im Mai 1945 an die französische Besatzungsmacht, es habe „allgemeine Empörung über den Umgang mit Zwangsarbeitern geherrscht, vor allem wenn diese von den Betriebsführern geschlagen wurden“. Das ist, zumindest was die „allgemeine Empörung“ betrifft, eine Schutzbehauptung. Denn Tatsache ist vielmehr, dass die Einheimischen Angst vor der immer größer werdenden Zahl von FremdarbeiterInnen haben. In den Stimmungsberichten der Gendarmerieposten wird davon immer wieder berichtet. Die örtlichen Sicherheitskräfte haben deshalb jede kleinste Unregelmäßigkeit dem Sicherheitsdienst und den Landratsämtern zu melden. Speziell in den Jahren 1943 und 1944 gelten die ZwangsarbeiterInnen für Bevölkerung und Behörden als das größte Sicherheitsproblem. Am 22. Mai 1943 berichtet der Hörbranner Postenkommandant nach Bregenz: „Das Verhalten der ausländischen Arbeitskräfte ist allgemein etwas frech und bedürfen diese Leute einer intensiven Überwachung.“ Und am 23. November 1944: „Unter den fremdländischen Arbeitskräften sind die Ostarbeiter(innen) die anspruchslosesten und in der Arbeitsleistung die Besten.“ Zugleich warnt er aber vor einer weiteren Aufstockung der fremden Arbeiterschaft; und damit scheint die allgemeine Stimmung ziemlich treffend beschrieben.

## Wehren sich die ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangenen?

Von organisierter Gegenwehr gegen die rücksichtslose Behandlung ist wenig bekannt. Mehrfach verweigern aber ganze Gruppen von französischen und italienischen Arbeitern die Weiterführung der Arbeit, weil Versprechungen hinsichtlich Bezahlung und Verpflegung nicht eingehalten werden. Auch ihnen gegenüber, die in der Regel weniger schlecht behandelt werden als die OstarbeiterInnen, wird ab 1943 – nach der Wende des Krieges durch die deutsche Niederlage bei Stalingrad – der Ton weiter verschärft.

Im Laufe der Jahre finden sich unterschiedliche Formen von Widersetzlichkeiten gegen schlechte Behandlung, hohen Arbeitsdruck und das Eingesperrtsein. Bei den einheimischen ArbeiterInnen sehen die OstarbeiterInnen, wie man mit verlängerten Klopausen und anderen Unterbrechungen den langen Arbeitstag entschärfen kann. Etliche ZwangsarbeiterInnen werden dem Arbeitsamt oder gleich der Gestapo gemeldet, weil sie „frech“ seien, den Anordnungen der Meister nur ungenügend nachkommen oder das vorgeschriebene Arbeitstempo nicht einhalten. Nicht wenige verlassen ihren Arbeitsplatz und suchen sich eigenständig einen besseren. Dagegen wehren sich die Arbeitgeber besonders heftig, die Arbeitsämter jedoch weniger. Sie können durch Neuzuweisungen ihre Macht gegenüber den Unternehmern demonstrieren.

Neben individuellen Widersetzlichkeiten kommt es in einigen Fällen auch zu organisierten Aktionen. Mehrmals werden ganze Gruppen von ZwangsarbeiterInnen aus einem Betrieb oder einem

Lager in Gestapohaft genommen – wegen gemeinsamer Fluchtversuche, wegen Bedrohung eines schikanösen Meisters oder Diebstahls von Lebensmitteln.

In verschiedenen Betrieben kommt es auch zu Sabotagehandlungen. Der Leiter einer Illwerke-Baustelle in Tschagguns beklagt sich bei Gericht über laufende „Betriebsstörungen“, indem beispielsweise Schmiermittel mit Sand durchsetzt würden.

Gegen Kriegsende scheint in Bregenz eine organisierte Widerstandsgruppe von russischen ZwangsarbeiterInnen zu existieren, die schließlich auch bei der Rückführung in die Heimat mitwirkt. Die Möglichkeiten eines wirklichen Widerstands sind allerdings sehr beschränkt, da die Behörden jedes Aufbegehren bis zuletzt rücksichtslos verfolgen.

Als es in den ersten Maitagen des Jahres 1945 – die Nationalsozialisten sind schon größtenteils macht- und kopflos und die französischen Behörden noch nicht etabliert – in Bregenz zu Plünderungen kommt, will man im Nachhinein die Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen dafür verantwortlich machen. Doch Einheimische sind in weit größerem Stil – nämlich mit Pferd und Wagen – an der Ausräumung von Geschäften und Magazinen beteiligt. Der einzige Plünderer, der erschossen wird, ist ein Wehrmachtssoldat aus Hamburg, der kurz zuvor einem Bregenzer Lazarett in Zivilkleidern entflohen ist.

Die der NS-Herrschaft entledigten VorarlbergerInnen sind sich in diesen Tagen jedenfalls einig, dass die sofortige Fortschaffung von etwa 10.000 ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangenen dringlich ist. Der Schweizer Konsul in Bregenz erfährt in den Nachkriegsjahren höchste Anerkennung, weil er zusammen mit der französischen Besatzung die Ausschleusung der nun als Bedrohung empfundenen FremdarbeiterInnen über die Schweizer Grenze organisiert. Mit dieser Abschiebungsaktion verschwindet nicht nur eine als bedrohlich empfundene Masse fremder Arbeiterinnen und Arbeiter, sondern weitestgehend auch die Erinnerung an dieses dunkle Kapitel neuzeitlicher Sklavenhaltung.

Aus

Meinrad Pichler, Nationalsozialismus in Vorarlberg. Opfer – Täter – Gegner. Innsbruck 2012. (= Band 3 der Reihe „Nationalsozialismus in den österreichischen Bundesländern“, herausgegeben von Horst Schreiber im Auftrag von [erinnern.at](http://erinnern.at)), S. 295-306.